

Liebe Genossinnen,



es gibt wieder viel Neues zu berichten und da freut es mich besonders, dass sich einige Genossinnen zu einem Redaktionsteam für unseren Newsletter zusammengeschlossen haben. Gemeinsam wollen sie für mehr Regelmäßigkeit im Erscheinen des AsF-Newsletters sorgen und hoffen da auf Eure Unterstützung. Wenn Ihr also was zu berichten habt, sei es aus euren Gliederungen oder aus Euren frauenpolitischen Netzwerken, zu vergangenen oder zukünftigen Terminen, zu Aktionen oder politischen Themen, scheut Euch nicht auf uns zuzukommen – auch wenn ihr nicht so gerne selber in die Tastatur hauen wollt. Ein paar Stichworte und Fotos per E-Mail an newsletter@asf-bayern.de gesendet und wir zaubern für Euch daraus einen tollen Artikel für unseren Newsletter.

Unsere diesjährige Landeskonferenz fand am 16. und 17. April im Salzstadl in Regensburg statt. Impulsreferate der **stellvertretenden DGB-Landesvorsitzenden Dr. Verena Di Pasquale zur Arbeitswelt 4.0** und der **Netzfeministin Anne Wizorek zur öffentlichen Wahrnehmung von Gewalt gegen Frauen** und **unser umfangreiches Antragsbuch** waren die Basis guter und produktiver politischer Diskussionen.

Darüber hinaus haben wir einen neuen Vorstand gewählt. An dieser Stelle möchte ich noch einmal für das Vertrauen bei meiner Wiederwahl danken. Den Stellvertreterinnen **Ursula Kirmeier** (Unterfranken), **Gertrud Maltz-Schwarzfischer** (Oberpfalz) und **Katja Reitmaier** (Niederbayern) gratuliere ich ganz herzlich – ebenso wie den anderen Genossinnen im Landesvorstand. Den Rechenschaftsbericht zur letzten Amtsperiode findet ihr in [hier](#).

„Mehr! Respekt, Gerechtigkeit, Solidarität!“, so die Forderung der diesjährigen Bundeskonferenz.

Die Themenschwerpunkte waren diesmal **„Nachhaltigkeit ist weiblich – Arbeiten 4.0 –**

Mehr Demokratie und Vielfalt ist Zukunft“. Wir tagten vom 17. bis 19. Juni in Magdeburg, haben dort einen neuen Bundesvorstand gewählt und ein über 200-seitiges Antragsbuch bearbeitet.

Die langjährige ASF-Bundesvorsitzende **Elke Ferner** ist mit fast 93 Prozent erneut zur Bundesvorsitzenden gewählt worden und Bayern entsendet wieder **Bettina Marquis** und mich mit sehr guten Wahlergebnissen in den Bundesvorstand. Wer außerdem noch Mitglied im neuen AsF-Bundesvorstand ist, könnt ihr [hier](#) nachlesen. Wir gratulieren allen Frauen zu ihrer Wahl. Wirklich gefreut hat mich, dass die bayrische Delegation – mit einer Entschuldigung für eine kurzfristige Erkrankung – praktisch vollzählig war und durch engagierte Diskussionen zu unseren Anträgen zum Erfolg der Bundeskonferenz beigetragen hat.

Am 7. Juli dann wurde endlich (!) das Sexualstrafrecht grundlegend reformiert. Der Bundestag hat nach vielen Jahren des zähen Ringens und vielen Initiativen zahlreicher Genossinnen endlich beschlossen, den Grundsatz **„Nein heißt Nein“** im Strafrecht zu verankern. Damit wird jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung bestraft und die sexuelle Selbstbestimmung künftig einschränkungslos geschützt. Darüber hinaus ist ein Straftatbestand eingeführt worden, der die sexuelle Belästigung ahndet. Gerade diese Reform zeigt wieder einmal eindrücklich, wie wichtig das kontinuierliche und nicht nachlassende Engagement der AsF ist. Und weil es noch viel zu tun gibt, hören wir auch mit diesem Engagement nicht auf.

In diesem Sinne wünsche Euch viel Spaß und neue Erkenntnisse bei der Lektüre



Eure Micky Wenngatz | Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) in Bayern

GASTBEITRAG: EQUAL PENSION DAY – EINE INITIATIVE DES VBM E.V.

VON CORNELIA SPACHTHOLZ,

VORSITZENDE VBM E.V. UND INITIATORIN EQUAL PENSION DAY

Wie beim durchschnittlichen Gehalt zeigt sich in der Folge auch bei der durchschnittlichen Rente ein Geschlechterunterschied. **Mit dem Equal Pension Day wurde am 4. August erneut – seit 2014 nun zum 3. Mal – auf diesen Unterschied, dem Gender Pension Gap, aufmerksam gemacht.** Der „Gender Pension Gap“ ist der relative Rentenunterschied zwischen den Geschlechtern in Abhängigkeit von Region, Familienstand, Berufsabschluss, Geburtsjahrgang und dem Vorhandensein von Kindern. **Er zeigt auf, dass Frauen durch eigenständig erworbene Ansprüche aktuell durchschnittlich knapp 60 Prozent weniger Rente erhalten als Männer.** Die gesamten Alterneinkünfte – also inklusive abgeleiteter Ansprüche – bedeuten **eine Rentenlücke von durchschnittlich 42 Prozent.** Als Ursachen hierfür benennt die BMFSFJ-Studie aus 2011 zum einen die familienbedingten Erwerbsunterbrechungen für Kindererziehung, Bildungsbegleitung oder Pflege von Angehörigen. Zum anderen kommen auch familienbedingte Arbeitszeitreduzierungen verbunden mit schlechteren beruflichen Perspektiven und Karriereoptionen zum Tragen, und die unterschiedliche Bezahlung zwischen Frauen und Männern (Gender Pay Gap). Auch wenn Paare sich einvernehmlich dafür entscheiden, dass SIE überwiegend für Familie und Haushalt und ER überwiegend für das Familieneinkommen zuständig ist, liegen die langfristigen Risiken weiter einseitig bei den Frauen und wirken sich negativ auf deren Erwerbsperspektiven und somit auch auf deren Alterssicherung aus.

Mit dem Aktionstag „Equal Pension Day“, einer Initiative des Verband berufstätiger Mütter (VBM) e.V., soll der gravierende Rentenunterschied zwischen Frauen und Männern mit seinen Ursachen, Wirkungen und Lösungsansätzen zu den jungen Menschen transportiert werden. Der VBM will damit außerdem Frauen ebenso wie Männer mit Blick auf eigene Entscheidungen für den Gender Pension Gap sensibilisieren. **Entscheiderinnen und Entscheider aus Politik sollen aufgefordert werden, Maßnahmen zu ergreifen um Artikel 3 (2) GG – die Durchsetzung der Gleichbe-**



rechtigung von Frauen und Männern und die Beseitigung von Nachteilen – endlich umzusetzen und zwar auf den gesamten Lebenslauf bezogen. Dies kann jedoch nur dann erfolgreich sein, **wenn Gleichstellung ganzheitlich als Querschnittsaufgabe verstanden wird.** Die Handlungsempfehlungen aus dem Gleichstellungsbericht der Bundesregierung aus 2011 zeigen dies eindeutig.

Es ist höchste Zeit, die Rahmenbedingungen zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der gesamten Lebensverlaufsperspektive – für Frauen und Männer – zu verbessern. Nur so können durchgängige Erwerbsbiografien mit Karriereoptionen für Alle entstehen, die den Aufbau von eigenständigen existenzsichernden Rentenansprüchen ermöglichen. Insbesondere Müttern wird somit eine Perspektive jenseits von Armut bis ins hohe Alter eröffnet.

Für diese bessere Vereinbarkeit braucht es nach Meinung des VBM e.V.:

- eine in **Qualität und Quantität bedarfsgerechte Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur von der Kita bis zur Schule**, wobei die Durchlässigkeit des Systems und bundeseinheitlichen Standards notwendig sind. Verbunden mit einem Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz, der bis in die ersten Jahre der weiterführenden Schule reicht

- den **schulformübergreifenden Ausbau der gebundenen rhythmisierten Ganztagschule**, zur Chancengleichheit aller Kinder und zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- anstelle des Ehegattensplittings eine **Individualbesteuerung**, die Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen oder die Wahrnehmung besonderer Fürsorgaufgaben berücksichtigt
- anstelle des Kindergeldes die **Kindergrundsicherung**, die allen Kindern unabhängig ihrer Herkunft gleiche Chancen einräumt, Kinderarmut verhindert und somit Familien – unabhängig ihrer Konstellation – eine Basisabsicherung für ihre Kinder bietet
- den **Ausbau des Mutterschutzgesetzes zu einem Elternschutzgesetz**, welches Väter von Anfang an, z. B. durch Kündigungsschutz während der Schwangerschaft, mit ähnlichen Rechten ausstattet und somit auch anders als bisher bei der Alltagsverantwortung für unsere Kinder von Anfang an in die Pflicht nimmt und zum gleichen „unternehmerischen Risiko“ wie uns Frauen macht
- eine **Anpassung der Regelungen für Elterngeld und Elternzeit**. Sie sollten nur bei paritätischer Aufteilung voll ausgeschöpft werden können. Der Elternzeit sollte sich die Familienarbeitszeit anschließen, jeweils auch für getrennt lebende Eltern anzuwenden
- einen **Perspektivwechsel hinsichtlich der Regelungen zur Betreuung von Kindern nach einer Trennung**. Das bisherige Leitbild des Residenzmodells, demzufolge sich ein Kind überwiegend bei einem Elternteil aufhält, muss durch das Leitbild des Wechselmodells (bzw. der Doppelresidenz) abgelöst werden, das eine möglichst gleiche Aufteilung der Betreuungszeiten beider Elternteile im Alltag vorsieht

Aber auch die **Wirtschaft und der Arbeitsmarkt sind wichtige Player** im Kontext Altersarmutsbekämpfung. Und so fordert der VBM e.V. weiter:

- **Transparenz der Gehälter**
- **Finanzielle Aufwertung der Berufe**, in denen überrepräsentativ Frauen beschäftigt sind
- **Entgeltgleichheit**

- bis zur Sozialversicherungspflicht ab dem 1. Euro bzw. der Abschaffung der Minijobs brauchen wir eine **dokumentierte Aufklärungspflicht der Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen im Bewerbungsprozess**, was die jeweilige Beschäftigungsform, z.B. Minijob, für Einkommens- und Karriereperspektiven, insbesondere in Hinblick auf die Rente, bedeutet
- ein **Ende der Kettenbefristungen** und sonstiger prekärer, unsicherer Beschäftigungsformen
- eine **Aufwertung von vollzeitnahen Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen**, z.B. durch Jop-Sharing
- eine **Quotierung von Führungskräften in Teilzeit mit familiärer Alltagsverantwortung** – z.B. Kindererziehung oder Pflegeverantwortung (Vorbildfunktion)
- **flexible Arbeitszeiten und -formen**, die im Sinne der Familienfürsorge ausgestaltet werden können und nicht mit ständiger Verfügbarkeit von Beschäftigten gleichzusetzen sind
- **Wege aus der Präsenzkultur** am Arbeitsplatz im Sinne „Effizienz statt Präsenz“

Es gibt noch so vieles mehr, was wir auf persönlicher, familiärer, politischer, wirtschaftlicher und letzten Endes gesellschaftlicher Ebene zur Umsetzung fordern sollten, **um nicht nur existenzsichernde Einkommen, sondern auch ein Auskommen im Alter für Alle zu gewährleisten**. Unterm Strich brauchen wir einen **soziokulturellen Strukturwandel, der mit einem Umbau im Steuer-, Sozial-, Melde- und Familienrecht einhergeht**.

Wir brauchen Rahmenbedingungen mit einer **Kinderwillkommenskultur** und eine **gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie im gesamten Lebensverlauf**, die den Müttern mehr Karriere, den Vätern mehr Familie und den Kindern beide Elternteile bietet mit existenzsicherndem Einkommen auch im Alter.

Hinweis: Die im Artikel genannten Forderungen und Lösungsansätze der Autorin finden sich auch überwiegend im Zielspektrum des Verband berufstätiger Mütter e.V. (VBM) wieder. Mehr Infos unter www.vbm-online.de und www.equalpensionday.de

Cornelia ist seit April 2016 auch eines der neuen Mitglieder im AsF-Landesvorstand und wird sich auch hier für ihr Anliegen, der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, einbringen.

STAATSREGIERUNG LÄSST FRAUEN IN NOT IM REGEN STEHEN. FRAUENHÄUSER SIND UNTERFINANZIERT

Endlich ist wissenschaftlich erwiesen, was alle, die es wissen wollten, schon seit Jahren in den Berichten der Frauenhäuser nachlesen konnten: **Die bayerischen Frauenhäuser sind völlig unterfinanziert und es gibt viel zu wenig Plätze.** Dies bestätigt nun auch eine Studie der Universität Erlangen-Nürnberg. **Sie zeigt auch, dass Frauen deutlich länger in Frauenhäusern bleiben als geplant, weil bezahlbare Wohnungen fehlen.**

2014 starteten die unterfränkischen SPD Frauen ihre Kampagne „Let's face it“, um (mal wieder) auf diese Missstände hinzuweisen und reichten eine Petition zur besseren Finanzierung und Ausstattung der Frauenhäuser ein. Auch die SPD Landtagsfraktion fordert seit 2014 beharrlich den Ausbau von Frauenhäusern und eine ausreichende Finanzierung.

Die Staatsregierung und die Mehrheit im Landtag konnten das Thema nicht länger aussitzen, aber eine inhaltliche Debatte verzögern. Das zuständige Ministerium gab erst einmal eine Studie in Auftrag. Die Ergebnisse dieser Studie hat die Mehrheitsfraktion offensichtlich völlig überrascht. Aber statt jetzt möglichst schnell zu handeln, um von Gewalt betroffenen Frauen zu helfen, zeichnen sich endlose Diskussionen, getarnt als notwendige Analyse, ab. Das zuständige Ministerium will nach eigenen Angaben ein neues Gesamtkonzept für die Frauenhäuser erarbeiten. Hierzu soll es auch Arbeitsgruppen geben. Diese Arbeitsgruppen sind allerdings noch nicht eingesetzt.

Der Freistaat argumentiert immer noch, dass Frauenhäuser Teil der kommunalen Daseinsvorsorge seien und somit die Hauptlast von den Kommunen zu tragen wäre. Allerdings gehört die Finanzierung der Frauenhäuser zu den freiwilligen Leistungen der Kommunen.

Bei der Neuordnung spielen die kommunalen Spitzenverbände eine entscheidende Rolle: Auch wenn die Staatsregierung mehr Geld für Frauenhäuser bereitstellt, so werden doch auch die Kommunen ihren Beitrag erhöhen müssen, um Frauenhäuser finanziell besser abzusichern und sachgerecht (auch mit Personal) auszustatten.

Wir fordern die Staatsregierung auf, Finanzierung und Ausstattung von Frauenhäusern und begleitende Maßnahmen wie Frauennotrufe endlich auch als staatliche Aufgabe anzuerkennen und nicht länger auf die kommunale Ebene abzuschieben.

**AN ALLE ASF-GLIEDERUNGEN:
AUFRUF ZUR AKTIONSWOCHE
GEWALT IST KEINE PRIVATSACHE –
GEWALT KANN JEDE TREFFEN
DRUM SIEH DER WAHRHEIT INS GESICHT UND
NIMM DIE ROSA-ROTE BRILLE AB**



Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass die Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt verzögert wird und sich niemand zuständig fühlt.

Deshalb starten wir eine Aktionswoche vom 22. Oktober – 30. Oktober 2016.

In dieser Aktionswoche wollen wir bayernweit auf die Situation der Frauenhäuser aufmerksam machen und Hilfe einfordern.

Der AsF-Landesvorstand stellt im Vorfeld der Aktionswoche eine Muster-Presseerklärung zur Verfügung. Zudem gibt es über die jeweilige AsF-Bezirksebene einen Info-Flyer zur Situation der örtlichen Frauenhäuser.

Vorschläge für Aktionen schickt euch der Landesvorstand rechtzeitig zu. Ihr müsst nur 2-3 Frauen und Männer für den Aktionszeitraum aktivieren – etwa für einen Infostand, eine Flyerverteilung oder ähnliche Vorhaben. Auch kleine Aktionen vor Ort helfen, das Thema mal wieder ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Deshalb unsere Bitte: bereitet euch auf die Aktionswoche vor, findet Unterstützer_innen, die mitmachen. Bindet unsere örtlichen Abgeordneten, Stadt-, Gemeinde- und Kreisrät_innen mit ein.

Je mehr Gliederungen sich an der Aktionswoche beteiligen, desto größer wird der Druck auf die Staatsregierung, sich endlich zu bewegen.

FRAUENFÖRDERPREIS FÜR DAS »PRÄVENTIONSPROGRAMM GEGEN HÄUSLICHE GEWALT«

Am Samstag, dem 6. August 2016, freuten sich drei Frauen aus Landshut ganz besonders. Der **Frauenförderpreis der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Niederbayern**, der einmal pro Jahr verliehen wird und mit 500 Euro dotiert ist, ging an das **Präventionsprogramm gegen häusliche Gewalt**, welches gemeinsam von den beiden Landshuter Frauenhäusern und der Landshuter Interventionsstelle ins Leben gerufen wurde. Die drei Frauen Angelika Hirsch, Gabriele Unverdorben und Christiane Mandler-Härtl freuten sich sehr über diese finanzielle Unterstützung und vor allem darüber, dass ihr Projekt Anerkennung und Unterstützung findet.

Warum ist Prävention so wichtig:

Das Erleben von häuslicher Gewalt beeinflusst das Bild, das Mädchen und Jungen von sich selbst als zukünftige Frauen und Männer haben und beeinflusst nachhaltig ihr Verhalten im Geschlechterverhältnis (vgl. Kavemann 2001). Aus diesem Grund ist es notwendig den Gewaltkreislauf möglichst früh zu unterbrechen und Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten zu bieten, alternative Formen des Miteinanders zu erlernen und auszuprobieren und zu erkennen. Dies geschieht meist in der Schule, in der neben kognitiven und emotionalen auch die sozialen Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen entwickelt werden sollen. Dort kommt der Gewaltprävention deshalb eine besondere Bedeutung zu. Häusliche Gewalt ist ein allgegenwärtiges Phänomen, dessen Existenz in unserer Gesellschaft häufig tabuisiert wird.

Die Mitarbeiterinnen des Frauenhauses und der Landshuter Interventionsstelle erfüllen im sozialpolitischen Kontext die Funktion der Sensibilisierung der Gesellschaft für das Thema Häusliche Gewalt, Aufklärung und Prävention.



von links: Patricia Steinberger, Gabriele Unverdorben, Angelika Hirsch, Christiane Mandler-Härtl, Maria Haucke, Anja König und Dr. Bernd Vilsmeier

In diesem Auftrag finden u.a. Präventionsveranstaltungen an Schulen statt.

Im Hinblick auf eine effektive Prävention ist es notwendig, Jugendlichen frühzeitig Begleitung und Unterstützung anzubieten, wenn sie häusliche Gewalt miterleben. Sie sind gefährdet, die Verhaltensmuster der Eltern zu wiederholen und andere, gewaltfreie Lebensentwürfe aus eigener Kraft nicht realisieren zu können. Jugendliche, die in einer gewalttätigen Atmosphäre leben, d. h. die unter erschwerten Entwicklungsbedingungen aufwachsen, können darüber hinaus eigenes Risikoverhalten entwickeln. Dazu gehören u. a. Schuldistanz, Schulverweigerung, delinquentes Handeln sowie mangelnde Empathie- und Konfliktfähigkeit, die wiederum eigene Gewalttätigkeit bedingen kann. Aber auch „nach innen“ gerichtete Bewältigungsversuche in Form von Störungen wie Magersucht, Depressionen, Suizidalität und ähnlichem sind möglich.

„SICHERE WIESN FÜR MÄDCHEN UND FRAUEN“

Die Wiesn ist jedes Jahr eine riesen Gaudi. Doch nicht alles rund um das Bierzelt-Spektakel ist lustig – während des Oktoberfestes geraten jedes Jahr Mädchen und Frauen in verschiedenste Notlagen.



Sie verlaufen sich, verlieren ihr Handy, werden bedrängt oder sogar vergewaltigt.

Mit einer Website, Flyern und einer App erhalten Wiesn-Besucherinnen hilfreiche Infos: Wo ist der nächste Schutzraum? Was muss ich tun, wenn ich meine EC-Karte verloren habe? Wer hilft mir, wenn ich verletzt bin?

www.sicherewiesn.de

QUALIFIZIERUNGSPROGRAMM DER ASF BAYERN AM 29.1. IN NÜRNBERG

SOFIA = SOZIALDEMOKRATISCHE FRAUEN INTERESSIEREN UND AUFBAUEN

Auch 2017 qualifizieren wir wieder Frauen für die politische Arbeit. Wir freuen uns wenn Ihr dabei seid.

Weitere Infos dazu in Kürze.

Am 29.1. findet SoFIA in Nürnberg statt. Wir bieten unter anderem Workshops zu sicherem Auftreten auf dem Podium und in Diskussionen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Erfahrungsaustausch für (kommunal-)politisch aktive Frauen.



IMPRESSUM

Herausgeberin:
AsF Bayern
(Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer Frauen)
Oberanger 38, 80331 München

089/23171168
asf@bayernspd.de
www.asfbayern.de
f BayernAsF

Redaktion:
Micky Wengatz, Dr. Dorothee Klinksiek,
Dr. Bettina Marquis, Dr. Carolin Wagner

V.i.S.d.P: Maria Deingruber

Layout: Brigitte Voit und
Sara Hoffmann-Cumani